

## Aussagen zur Belastung der Einkommen im Faktencheck

# Wie beeinflusst die Prämienentwicklung die verfügbaren Einkommen?

Nora Wille<sup>a</sup>, Yvonne Gilli<sup>b</sup>

<sup>a</sup> Dr. phil., persönliche wissenschaftliche Mitarbeiterin der Präsidentin; <sup>b</sup> Dr. med., Präsidentin der FMH

Für die Schweizer Haushalte ist in Hinblick auf die Prämienentwicklung vor allem eine Frage relevant: Wie stark werden ihre Einkommen durch die Krankenversicherung belastet? Vor diesem Hintergrund wird häufig die Prämienentwicklung mit der Einkommensentwicklung verglichen. Wir gehen diesen Äusserungen nach und betrachten die verfügbaren Daten zu diesem Thema.

«Für immer mehr Menschen werden die Prämien zu einer untragbaren Belastung» [1], liess der Schweizer Bundesrat bereits 1994 verlauten, als in Deutschland noch Helmut Kohl und in Russland Boris Jelzin regierte. Doch während die beiden Regierungschefs in der Tagespolitik längst keine Rolle mehr spielen, beschäftigen uns die Krankenkassenprämien nach wie vor intensiv. Die Versprechen des damals vom Bundesrat beworbenen Krankenversicherungsgesetzes, «wirksame Massnahmen gegen die Kostensteigerung im Gesundheitswesen» zu ermöglichen und «eine qualitativ hochstehende und finanziell für alle tragbare medizinische Versorgung» [1] sicherzustellen, werden heute nahezu wortgleich wiederholt.

Doch wie hat sich die Situation entwickelt? Wird tatsächlich die «unaufhörlich steigende Prämienlast für den Mittelstand existenzbedrohend (...), wenn die Kosten nicht endlich mit den Löhnen einigermaßen Schritt halten» [2] – wie auch heutzutage im Parlament angemahnt? Klar ist: Die Krankenkassenprämien betreffen jeden Haushalt in der Schweiz und jeder Anstieg dieser Prämien führt zu einer zusätzlichen Belastung der Haushaltskassen – sofern er nicht durch einen Anstieg des Haushaltseinkommens aufgefangen wird. Die Entwicklung der Prämien wird darum in der öffentlichen Debatte häufig in Bezug zur Entwicklung der Einkommen gesetzt, wie die nachfolgend aufgeführten Beispiele zeigen:

«Während die Prämien um 142 Prozent gestiegen sind, sind die Löhne im gleichen Zeitraum nur um 15 Prozent gestiegen.» [3]

«Zwischen 2010 und 2020 sind die Kosten pro Kopf und Jahr durchschnittlich um 2,5 Prozent in die Höhe geschneit, während die Nominallöhne im gleichen Zeitraum nur um 0,7 Prozent angestiegen sind. Wohin soll das führen?» [2]

«Wir zahlen heute doppelt so hohe Krankenkassenprämien wie noch vor dreissig Jahren, obwohl man heute längst nicht doppelt so viel wie in den neunziger Jahren verdient. Vielmehr stagnieren die Löhne seit einiger Zeit.» [2]

Diese Zitate aus der TV-Sendung «Arena» und Parlament verdeutlichen: Steigen die Prämien prozentual stärker als die Löhne, wird dies als bedrohlich betrachtet. Der Gedanke dahinter ist leicht nachvollziehbar: Wenn die Prämien stärker steigen als die Löhne, bleibt den Haushalten scheinbar immer weniger übrig.

### Lohnzuwachs und Prämienzuwachs

Dies trifft jedoch nur zu, wenn es um absolute Frankenbeträge geht: Steigt die Prämie um einen Franken, muss ich mindestens einen Franken mehr verdienen, damit ich nicht weniger habe als zuvor. In die Irre führt diese Logik jedoch, wenn es um Prozentsätze geht, denn ein Prozent Lohnzuwachs entspricht einem viel grösseren Frankenbetrag als ein Prozent Prämienzuwachs. Wächst ein durchschnittlicher Bruttolohn von 6665 Franken [4] um ein Prozent, erhöht er sich um 66.65 Franken, wächst eine mittlere Erwachsenenprämie von 374.40 Franken [5] um ein Prozent, erhöht sie sich um 3.74 Franken. Selbst wenn die Prämie um 15% steigen würde, der Lohn aber nur um 1%, bliebe also noch etwas vom Lohnzuwachs übrig. Nur prozentuale Erhöhungen zu betrachten, ergibt folglich ein verzerrtes Bild.

Dies lässt sich auch an den oben zitierten Beispielen aufzeigen: Denn wohin führt es, wenn unser Beispiellohn um 0,7%, die Prämie jedoch um 2,5% steigt, wie im Parlament gefragt wurde? Dann stiege der Lohn um 46.66 Franken – und die Erwachsenenprämie um 9.36 Franken. Und selbst wenn – wie in der «Arena» behauptet – einem Prämienanstieg um 142% ein Lohnanstieg von

nur 15% gegenüberstünde, wäre der Lohnzuwachs mit 1000 Franken immer noch fast doppelt so hoch wie der Prämienanstieg von 532 Franken. Und wie viel Lohnanstieg bräuchte es, damit man nach einer Verdoppelung der Prämie nicht weniger hat als vorher? Unser Beispiellohn von 6665 Franken müsste sich dafür nicht gleichermassen verdoppeln, wie das letzte Zitat impliziert – er müsste lediglich um 5,6% steigen, um einen solchen 100%igen Prämienanstieg auffangen zu können.

Diese Beispielrechnungen sind selbstverständlich stark vereinfacht: Sie beziehen nicht ein, dass zum Beispiel in Familien mehrere Prämien, aber nur ein oder zwei Einkommen steigen, und klammert auch andere Aspekte wie Steuern und Entwicklung der Kaufkraft aus. Zudem sind in einkommensschwachen Haushalten die Lohnzuwächse kleiner – der Prämienanstieg jedoch gleich gross. All dies müsste in differenzierten Analysen betrachtet werden. Doch vor einer Vertiefung in Differenzierungen sollte Einigkeit darüber bestehen, dass es nicht aussagekräftig und sogar irreführend ist, Prozentwerte gegenüberzustellen, die auf einer völlig unterschiedlichen Basis beruhen.

### Auswirkung der Prämienentwicklung

Ein besseres Mass für die Belastung der Haushalte durch die Entwicklung der Krankenkassenprämien

bietet der Krankenversicherungsprämien-Index (KVPI) des Bundesamts für Statistik. Dieser hat zum Ziel, die Auswirkung der Prämienentwicklung in Grund- und Zusatzversicherung auf das Wachstum der verfügbaren Einkommen darzustellen. [6] Er berechnet die durchschnittliche Monatsprämie für die Krankenversicherungen, indem er das monatliche Prämien- bzw. Subventionsvolumen durch die ständige Wohnbevölkerung der Schweiz teilt. Das verfügbare Einkommen berücksichtigt im KVPI Einkommen zum Beispiel durch Erwerb, Zinsen, Renten oder Verbilligungen der Versicherungen, von denen Ausgaben wie Steuern, Sozialversicherungen und andere Versicherungen bereits abgezogen wurden. Damit entspricht es «dem Betrag, der effektiv für Konsum- und Sparzwecke zur Verfügung steht». [7]

Die jährliche Mitteilung des Bundesamts für Statistik (BFS) zur Auswirkung der Prämienentwicklung auf die Entwicklung der verfügbaren Einkommen stellt immer gegenüber (a) wie sich das verfügbare Einkommen entwickelt hätte, wenn die Prämienausgaben konstant auf dem Niveau des Vorjahres geblieben wären und (b) wie sich das verfügbare Einkommen tatsächlich angesichts der realen Prämienentwicklung verändert. Tabelle 1 zeigt die Ergebnisse des KVPI über die letzten Jahrzehnte.

### Verfügbare Einkommen

Die erste Spalte der Tabelle zeigt, dass die durchschnittlichen verfügbaren Einkommen gemäss BFS trotz der Prämienanstiege seit der Jahrtausendwende in 19 von 20 Jahren gewachsen sind. Allerdings zeigt der Blick in die zweite Spalte sowie auf die Differenz der beiden Prozentwerte, dass der Anstieg der verfügbaren Einkommen ohne das Prämienwachstum zumeist grösser ausgefallen wäre, im Mittel um 0,2 Prozentpunkte.

Am grössten war der dämpfende Effekt des Prämienwachstums auf die Entwicklung der verfügbaren Einkommen im Jahr 2010, als die verfügbaren Einkommen statt um 1,2% nur um 0,6% wuchsen. Im Jahr 2016 sanken die verfügbaren Einkommen sogar um 0,1% – ohne Prämienwachstum wären sie um 0,1% gestiegen. Im Jahr 2014 stiegen die verfügbaren Einkommen infolge einer gesunkenen Durchschnittsprämie sogar etwas stärker als sie es ohne die Prämienentwicklung getan hätten. In den letzten drei Jahren zeigten die geringen Prämienveränderungen keine Auswirkungen auf das Wachstum der verfügbaren Einkommen.

### Einkommen und Sparbeträge steigen

Wie sich die Krankenkassenprämien und wie die verfügbaren Einkommen entwickeln, zeigt auch die

**Tabelle 1:** Einfluss der Prämienentwicklung auf die Entwicklung der verfügbaren Einkommen gemäss Krankenversicherungsprämien-Index (KVPI) des Bundesamts für Statistik [12].

	Entwicklung verfügbare Einkommen		Differenz in Prozentpunkten
	MIT Prämienveränderung	OHNE	
2021	+ 1,9%	+ 1,9%	0,0
2020	+ 0,5%	+ 0,5%	0,0
2019	+ 1,2%	+ 1,2%	0,0
2018	+ 3,1%	+ 3,4%	- 0,3
2017	+ 0,2%	+ 0,5%	- 0,3
2016	- 0,1%	+ 0,1%	- 0,2
2015	+ 0,5%	+ 0,7%	- 0,2
2014	+ 1,0%	+ 0,9%	+ 0,1
2013	+ 1,6%	+ 1,7%	- 0,1
2012	+ 1,4%	+ 1,6%	- 0,2
2011	+ 1,4%	+ 1,8%	- 0,4
2010	+ 0,6%	+ 1,2%	- 0,6
2009	+ 1,1%	+ 1,2%	- 0,1
2008	+ 3,4%	+ 3,4%	0,0
2007	+ 4,5%	+ 4,5%	0,0
2006	+ 1,5%	+ 1,8%	- 0,3
2005	+ 2,0%	+ 2,2%	- 0,2
2004	k.A.	k.A.	- 0,4
2003	+ 1,0%	+ 1,5%	- 0,5
2002	+ 1,7%	+ 2,2%	- 0,5
2001	+ 3,2%	+ 3,6%	- 0,4
2000	k.A.	k.A.	- 0,3

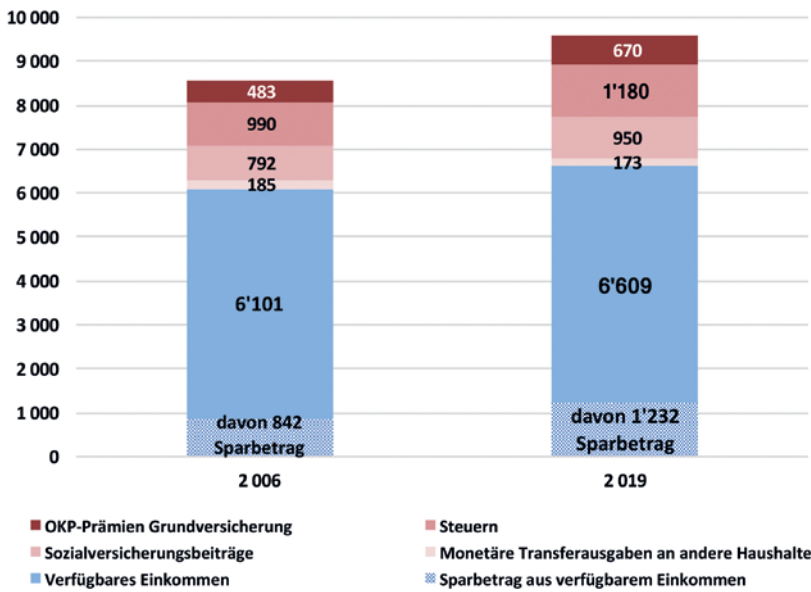


Abbildung 1: Anstieg der verfügbaren Einkommen und der obligatorischen Abgaben pro Monat in Franken zwischen 2006 und 2019, Daten Haushaltsbudgeterhebung [8].

Haushaltsbudgeterhebung des BFS. [8] Leider ist diese Erhebung nicht mit dem KVPI vergleichbar, da das verfügbare Einkommen anders definiert wird, wie das BFS explizit anmerkt. [7] Abbildung 1 zeigt die Daten der Haushaltsbudgeterhebung für die Jahre 2006 und 2019 im Vergleich. In diesem Zeitraum stieg das Bruttohaushaltseinkommen von 8551 Franken auf 9582 Franken im Monat. Dabei sind sowohl die obligatorischen Abgaben (rot gefärbt) als auch der frei verfügbare Teil des Einkommens (blau gefärbt) gewachsen.

Die Abbildung zeigt, dass die Prämien für die Grundversicherung zwischen 2006 und 2019 von 483 auf 670 Franken um 187 Franken (39%) gestiegen sind. Die Ausgaben für Steuern stiegen um 190 Franken (19%) und die für andere Sozialversicherungen um 158 Franken (20%). Trotz der höheren Abgaben stieg aber auch das verbleibende verfügbare Einkommen (gesamter blauer Bereich) von 6101 auf 6609 Franken um 508 Franken und damit 8%. Ein Prämienzuwachs von 187 Franken stand in diesem Zeitraum also einem Zuwachs des verfügbaren Einkommens um 508 Franken gegenüber.

Interessant ist auch ein Blick auf die Sparbeträge: Diese Beträge, die die Haushalte von ihrem verfügbaren Einkommen zurücklegten, sind deutlich stärker gestiegen als die Prämien, Steuern oder Sozialversicherungsabgaben. Während der durchschnittliche Haushalt im Jahr 2006 monatlich noch 842 Franken sparte, waren es im Jahr 2019 mit 1232 Franken schon 390 Franken (46%) mehr.

### Die gute Nachricht

Die Entwicklung der Krankenkassenprämien im Kontext der Einkommensentwicklung anzusehen ist wichtig, um die Belastung der Bevölkerung durch die Prämien gut einschätzen zu können und wirksame politische Massnahmen ergreifen zu können. Damit die politische Gestaltung der Situation gerecht werden kann, sollten Überlegungen und Argumente jedoch auf aussagekräftigen Zahlen beruhen. Irreführende Vergleiche von Prozentangaben, die auf einer völlig unterschiedlichen Basis beruhen, sind dabei nicht hilfreich. Ein genauer Blick in die öffentlich bereitgestellten Daten aus KVPI und Haushaltsbudgeterhebung zeigt, dass sich die verfügbaren Einkommen durch die Krankenkassenprämien im Mittel nicht reduziert haben – im Gegenteil: Sie sind gewachsen, wenn auch weniger stark, als sie ohne Prämienhöhung gewachsen wären. Auch der Umstand, dass die Haushalte immer mehr Geld zurücklegen (können), deutet nicht darauf hin, dass die Entwicklung der Krankenkassenprämien für Haushalte mit einem mindestens mittlerem Einkommen «existenzbedrohend» wäre.

### Die schlechte Nachricht

Die hier betrachteten Durchschnittswerte erlauben jedoch keine Aussage über die Lastenverteilung. Die Situation von Haushalten, die mit Einkommen unterhalb des Durchschnitts wirtschaften müssen, bleibt hier unsichtbar. Für diese stellen die Krankenkassenprämien jedoch teilweise eine erhebliche Belastung dar, wie wir bereits an anderer Stelle aufgezeigt haben [9, 10]. Steigende Prämien treffen diese Haushalte besonders, weil ihre Einkommen weniger stark steigen und die Kopfprämien die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit eines Haushalts nicht berücksichtigen. Auch in Familien, in denen ein oder zwei Einkommen den Anstieg mehrerer Prämien auffangen müssen, geraten Lohnanstieg und Prämienanstieg schneller in ein ungünstiges Verhältnis als im Durchschnitt aller Haushalte.

Die Frage der Belastung durch Krankenkassenprämien erfordert also dringend eine Differenzierung – und dies selbst innerhalb der einkommensschwachen Haushalte, wie die Analysen des Bundes zeigen: So geben gemäss BAG einkommensschwache Modellhaushalte im Mittel zwar 9% ihres verfügbaren Einkommens für die Grundversicherung aus – je nach Haushaltstyp und Kanton schwankt dieser Anteil jedoch zwischen 3% und 21%.[11] Allgemeine Bedrohungsszenarien und Pauschalrezepte lösen die Probleme der belasteten Haushalte nicht. Diese brauchen einen genauen Blick auf aussagekräftige Zahlen für gezielte und wirksame Massnahmen und Entlastung.

Literatur  
Vollständige Literaturliste unter [www.saez.ch](http://www.saez.ch) oder via QR-Code



[nora.wille\[at\]fmh.ch](mailto:nora.wille[at]fmh.ch)